

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

**zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 20/14244 –**

Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“

A. Problem

Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind der Ansicht, dass geopolitische Spannungen in dem international besetzten Kuratorium der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) zu einer Reihe von problematischen Sachverhalten führen können, insbesondere weil alle Kuratoren weitreichenden Zugriff und Anspruch auf Informationen hinsichtlich Projektträgern, Bewilligungssummen, bewilligten und abgelehnten Projekten haben.

Es solle ausgeschlossen werden, dass Projektpartner der Stiftung EVZ in Ländern, die durch einen Vertreter oder eine Vertreterin Mitglied des Kuratoriums sind, bedroht und in ihrer Arbeit eingeschränkt werden.

Die von der Stiftung EVZ geförderten Projekte seien humanitärer, zivilgesellschaftlicher und kultureller Natur. Es handle sich hierbei um häufig zentrale (sogenannte „dritte“) Orte, die auch im Rahmen kriegerischer Auseinandersetzungen nicht in Gefahr geraten dürften. Auch Reputationsrisiken für die Stiftung EVZ nicht nur in der deutschen Öffentlichkeit, sondern auch international, sollen verhindert werden.

Der Gesetzentwurf sieht daher vor, dem Kuratorium die Möglichkeit zu geben, mit qualifizierter Mehrheit einzelne Kuratoren und deren Vertreter aus wichtigem Grund vorübergehend aus dem Kuratorium auszuschließen. Die Gründe, die eine solche zeitweilige Aussetzung erfordern, sollen sowohl in der Person des Betroffenen als auch im Verhalten der entsendenden Stelle liegen können.

B. Lösung

Annahme des Gesetzentwurfs in unveränderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD und der Gruppe BSW bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Keiner.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Keine.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Keiner.

F. Weitere Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf auf Drucksache 20/14244 unverändert anzunehmen.

Berlin, den 29. Januar 2025

Der Ausschuss für Inneres und Heimat

Dr. Lars Castellucci
Stellvertretender Vorsitzender

Simona Koß
Berichterstatterin

Marc Henrichmann
Berichterstatter

Dr. Konstantin von Notz
Berichterstatter

Linda Teuteberg
Berichterstatterin

Dr. Christian Wirth
Berichterstatter

Martina Renner
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Simona Koß, Marc Henrichmann, Dr. Konstatin von Notz, Linda Teuteberg, Dr. Christian Wirth und Martina Renner

I. Überweisung

Der Gesetzentwurf auf **Drucksache 20/14244** wurde in der 207. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. Dezember 2024 an den Ausschuss für Inneres und Heimat federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 81. Sitzung am 29. Januar 2025 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppen Die Linke und BSW die Annahme des Gesetzentwurfs auf Drucksache 20/14244 empfohlen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 113. Sitzung am 29. Januar 2025 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke und bei Abwesenheit der Gruppe BSW die Annahme des Gesetzentwurfs auf Drucksache 20/14244 empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 99. Sitzung am 29. Januar 2025 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke bei Abwesenheit der Gruppe BSW die Annahme des Gesetzentwurfs auf Drucksache 20/14244 empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 70. Sitzung am 29. Januar 2025 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke die Annahme des Gesetzentwurfs auf Drucksache 20/14244 empfohlen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 72. Sitzung am 29. Januar 2025 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke die Annahme des Gesetzentwurfs auf Drucksache 20/14244 empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 20/14244 in seiner 100. Sitzung am 29. Januar 2025 abschließend beraten und empfiehlt die Annahme des Gesetzentwurfs in unveränderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD und der Gruppe BSW bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke.

Berlin, den 29. Januar 2025

Simona Koß
Berichterstatterin

Marc Henrichmann
Berichterstatter

Dr. Konstantin von Notz
Berichterstatter

Linda Teuteberg
Berichterstatterin

Dr. Christian Wirth
Berichterstatter

Martina Renner
Berichterstatterin

